

## Bekannt euch

Antisemitismus, BDS, Israelfeindlichkeit: Der Streit um die Documenta zeigt, wie zielführende Debatten in Kultur und Gesellschaft immer schwerer werden. *Von Catrin Lorch*

Neu ist, dass der Streit um die Documenta dieses Mal bereits vor der Vernissage beginnt. Denn noch jede Ausgabe dieser Ausstellung, deren Geschichte bis in das Jahr 1955 zurück reicht, war umstritten. Nicht beim Publikum: Das reist alle vier, fünf Jahre nach Kassel, um die bedeutendste Ausstellung weltweit zu erleben, Fehlschläge wie Triumphe. Aber die Öffentlichkeit – Zeitungen, Fernsehen, Radio und später auch Formate des Internets – waren zuverlässig unzufrieden. Viele Ausgaben wurden angefeindet, zerrissen, skandalisiert, auch inzwischen einhellig als „kunsthistorisch bedeutend“ eingeordnete Ausstellungen wie die von Harald Szeemann verantwortete documenta 5 oder die Documenta X, die von Catherine David kuratiert wurde.

Dass die 15. Ausgabe der Documenta in diesem Sommer ein Wagnis sein würde, zeichnete sich schon bei der Berufung des indonesischen Künstlerkollektivs als Kuratoren ab: Die aus Jakarta stammende Gruppe zählt 15 Mitglieder und berief rasch nicht nur weitere künstlerisch Verantwortliche, sondern gleich ganze Gruppierungen, darunter auch viele Aktivisten. Die sollen in Kassel hundert Tage lang leben und arbeiten – aber es scheint, als sei das Kunstfest nun gefährdet. Zuletzt appellierte die Generalsekretärin Sabine Schormann, mit der Kritik doch wenigstens bis zur Vernissage am 18. Juni zu warten.

Ihr Appell geht unter in einem Mediensturm, wie ihn die Documenta noch nicht erlebt hat. Der Vorwurf ist heftig: die Kuratoren seien anti-semitisch eingestellt, die Großausstellung boykottiere israelische Künstler. Zumindest distanzieren sich das kuratierende Kollektiv Ruangrupa nicht ausreichend vom BDS, der Initiative „Boycott, Divestment and Sanctions“, die zum kulturellen Boykott Israels aufruft und Kritikern zufolge letztlich sogar das Existenzrecht Israels in Frage stellt. Unübersehbar habe man keine (oder zu wenige) Künstler aus Israel eingeladen, stattdessen eine Gruppe, die aus einem nach einem anti-zionistischen arabischen Theoretiker benannten Kulturzentrum hervorging.

Zwar ließen sich Vorwürfe ausräumen, beispielsweise gegen den betroffenen Künstler Yazan Khalili vom Kollektiv „The Question of Funding“. Doch seit Januar wurde der Verdacht, die Documenta wolle den BDS „salonfähig“ machen, immer wieder neu postuliert. Mal hieß es, einer der indonesischen Kuratoren habe

Resolutionen gegen Israels Siedlungspolitik unterzeichnet. Dann wieder, er habe ein Interview zurückgezogen, in dem er sich womöglich BDS-freundlich geäußert habe. Die Diskussionsreihe „We Need to Talk“, mit der die Documenta die Debatte in die Öffentlichkeit verlegen wollte, wurde abgesagt, nachdem sich der Zentralrat der Juden bei Kulturstaatsministerin Claudia Roth beschwert hatte, weil er sich nicht eingebunden fühlte. Der nachfolgende, offene Brief von Ruangrupa stellte klar, dass „im Rahmen der Documenta Fifteen zu keinem Zeitpunkt antisemitische Äußerungen“ gemacht wurden und auch keine Veranstaltungen des BDS geplant seien.

Dennoch ließ sich Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, vergangenen Woche in der *Welt* noch einmal mit der Mahnung zitieren, dass die Documenta als bedeutende Ausstellung „große Verantwortung“ habe, „Antisemitismus keinen Raum zu bieten“. Remko Leemhuis, Direktor des American Jewish Committee operierte im gleichen Beitrag schon mit dem Begriff eines „Fall Documenta“, der belege, dass der „BDS als modernisierte Variante von ‚Kauf nicht bei Juden‘ in Deutschland weitgehend marginalisiert“ werde, während der „Boykott Israels in dem fast ausschließlich aus Steuergeldern finanzierten Kunst- und Kulturbetrieb weitgehend Konsens“ sei. Anfang der Woche sagte auch Felix Klein, der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, dass sich die „Annahme aufdränge“, dass israelische Künstler „boykottiert werden sollen“.

Zwei Wochen vor Eröffnung spitzt sich die Situation nun nicht nur rhetorisch zu: Am Wochenende wurde in Ausstellungsräume eingedrungen, berichten beteiligte Künstler. Die Einbrecher beschmierten die „The Question of Funding“ zugedachten Stockwerke mit Graffiti, die Zahl „187“, die an die Wände gesprüht wurde, kann man, wenn man mit modernen Zahlencodes vertraut ist, durchaus als Morddrohung lesen. „Die Documenta und die Stadt Kassel müssen Verantwortung für die Sicherheit ihrer Gäste übernehmen“, schreiben teilnehmende Künstler in einem Brief, der im Netz kursiert. Für sie sei eine „feindselige und potentiell gewalttätige Atmosphäre entstanden“. Schon im April wurde die Fassade des ruruhaus, dem Hauptquartier der Documenta, mit rassistischen und anti-muslimischen Aufklebern versehen.

Es ist offensichtlich: In einer Zeit, die jedes noch so vielschichtige und komplexe Thema auf ein „Dafür“ oder „Dagegen“ zuspitzt, reichen Erklärungen in „Offenen Briefen“ nicht aus. Der neue Rigorismus in Debatten betrifft ja nicht nur Künstler und ihre Haltung zum BDS, sondern auch Politikerinnen wie Sarah Wagenknecht, die sich in Talkshows öffentlich von Putin distanzieren müssen, Opernsängerinnen, Tänzer und Dirigenten sowieso. Unterdessen rollt man in den USA noch einmal den Fall Roe vs. Wade – also die Legalität von Abtreibungen – auf. Die Welt soll in ökonomischen, politischen und auch sehr persönlichen Fragen sauber in Lager geteilt werden. In „Dafür“. Oder „Dagegen“.

Nun haben die künstlerischen Disziplinen viel dafür getan, als politische Aktionsflächen wahrgenommen zu werden. Die aktuelle Documenta versucht sich erneut an einer Verschiebung der Grenzen der Ästhetik: hin zum Aktivismus. Deswegen hat man vor allem NGOs, Kollektive und Gruppierungen eingeladen, die sich als politisch und aktivistisch verstehen. Doch die gegenwärtige Skandalisierung hat weniger mit einer Debatte zu tun, denn mit einer öffentlichen Gesinnungsprüfung. Man fühlt sich erinnert an die nach Joseph McCarthy benannte Ära in den USA. Da genügte es, in den Verdacht zu geraten, mit dem Kommunismus zu sympathisieren,

um geächtet zu werden – mit heftigen Folgen vor allem für Kulturschaffende. Berichten aus Kunstvereinen und Museen zufolge verbringen Praktikanten dort ihre Zeit heute zu einem guten Teil damit, die Social-Media-Accounts der geladenen Künstler oder Theoretiker rückwirkend zu durchforsten. Nach Likes an falschen Stellen und nach potenziell belastenden Aussagen.

Dabei wird nun vor allem sichtbar, dass der BDS ein Thema ist, das von der internationalen Szene diskutiert werden sollte, auch in Deutschland. Stimmt es, dass jüdische und vor allem israelische Künstler seit einigen Jahren spüren, dass sie nicht mehr zu Ausstellungen oder wissenschaftlichen Veranstaltungen eingeladen werden? Darf es auf einer Ausstellung in der Bundesrepublik einen Unterschied machen, ob jüdische Künstler in Israel geboren sind und dort leben, oder in New York oder Berlin?

Es heißt, in Kassel meldeten sich derzeit vor allem auch verstörte Sponsoren. Raumgruppen, die womöglich das Problem im Täterland Deutschland unterschätzt hatten und zudem das Teilnehmerfeld statt nach Nationen nach Zeitzonen gegliedert hatten, sind jetzt überraschend in einer ähnlichen Situation wie viele Ausrichter weltweit, die zuweilen ganze Konferenzen lieber absagen, weil sich die Ein- und Ausladungen nicht mehr ausgleichen lassen.

Und die Differenzierungen, die nun eingefordert werden in der Debatte um die Documenta, werden komplizierter: Während die einen darauf hinweisen, dass sie auf der Teilnehmerliste durchaus israelische Künstler entdeckt hätten (die allerdings keine Juden seien) wie auch jüdische Künstler (die aber aus anderen Ländern stammten), weisen andere darauf hin, dass die geladenen jüdischen Künstler eher israel-kritisch seien. Beispielsweise Eyal Weizman von Forensic Architecture, der auch zu den Teilnehmern der abgesagten Diskussionen gehörte.

An diesem Punkt spätestens wird die Auseinandersetzung unhaltbar. Weil man verlangt, was nicht einmal in der Politik, schon gar nicht in der Kunst zu haben ist: Nämlich die Verkörperung von politischen Positionen, die leibhaftige Repräsentation von Inhalten. Und somit Antworten auf Fragen, die man als deutscher Kunstkritiker nicht einmal in Bezug auf die Zeitgenossen aus dem eigenen Land beantworten könnte. Wo wäre denn beispielsweise Gerhard Richter einzuordnen? Oder Rosemarie Trockel, repräsentationstauglich? Eher kritisch? Wie verhält es sich mit der in Berlin lebende Ayse Erkmen? Und mit Gregor Schneider, der in Venedig einst prominent mit einem Goldenen Löwen bedacht wurde: Ist das einer, der im Unbewussten in den Ruinen der Bundesrepublik schürft – oder wurde er als offizieller Gesandter geehrt?

Die Frontlinien, die da eingefordert werden, sie sind jetzt ein Knäuel. Und die Weltkunstschau Documenta, deren Geschichte schon so lange zurückreicht, ist keine Länderschau, sie ist keine Olympiade. Diese Ausstellung ist international deshalb so bedeutend, weil sie über Jahrzehnte mit öffentlichen Mitteln in der deutschen Provinz organisiert wurde, und weil der Kurator, die Kuratorin oder – erstmals – das kuratierende Kollektiv eine zumindest relative Freiheit genießen, auf die Gegenwart mit einer sehr großen Ausstellung zu antworten.

Zwei Wochen vor der Eröffnung toben die gegenseitigen Zuschreibungen. Am erstaunlichsten war in diesem Sinn eine Recherche der *Frankfurter Allgemeinen*

*Zeitung*, die aus Indonesien berichtete, dass Ruangrupa die in ihrem Heimatland benachteiligten Papuaner für Kassel nicht berücksichtigt habe. Der Artikel bemängelte, selbst die Einladung von Papuaner zu einem Termin zur Documenta am Goethe-Institut Jakarta sei nicht adäquat gewesen, schon weil die Eingeladenen „vergleichsweise hellhäutige Indonesier“ gewesen seien, im Gegensatz zu den „ethnischen Melanesiern mit ihrer dunklen Haut und krausem Haar“.

Inzwischen ist gar nicht mehr die Frage, ob die Ausstellung noch kurz vor Beginn abgesagt wird. Die Frage ist, ob sie – wenn sie eröffnet – überhaupt noch gesehen wird, nach dieser Debatte. Wird sich die Öffentlichkeit noch für das Konzept interessieren, für die mehr als tausend Künstler, Aktivisten und Gruppen, die nun in Kassel leben und arbeiten? Oder wird es nur um diese Frage gehen: „Dafür“ – oder „Dagegen“?

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über [www.sz-content.de](http://www.sz-content.de)